



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 10. Januar 2022

Der Kantonsrat hat ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts ohne Gegenantrag gewählt ([KR-Nr. 404/2021](#)).

Der Kantonsrat hat ein neues Mitglied des Handelsgerichts gewählt ([KR-Nr. 442/2021](#)).

Der Kanton Zürich soll sich verstärkt in die EU-Diskussion einmischen. Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat von GLP, SP, Grünen, Mitte, EVP und AL mit 94 zu 73 Stimmen bei 1 Enthaltung an den Regierungsrat überwiesen, mit dem der Regierungsrat aufgefordert wird, einen «Runden Tisch» zum Thema EU zu initiieren, an dem Kantone und Bund gemeinsam einen Plan B zum gescheiterten Rahmenabkommen ausarbeiten sollen ([KR-Nr. 381/2021](#)). Der Regierungsrat hat nun ein Jahr Zeit, um einen Bericht zum Thema vorzulegen.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative des ehemaligen SVP-Kantonsrates und heutigen Nationalrates Gregor Rutz mit 124 zu 37 Stimmen abgelehnt ([5505](#)). Dieser hatte neue Gesetzesvorlagen gefordert, um die Zuwanderung aus dem Ausland sowie, bei Bedarf, von Ausländerinnen und Ausländern aus anderen Kantonen in den Kanton Zürich besser zu steuern.

Der Regierungsrat muss innert eines Jahres einen Ergänzungsbericht zur künftigen Strassenfinanzierung erstellen. Der Kantonsrat hat mit 165 zu 1 Stimmen entschieden, das ein Postulat von FDP-Kantonsrat Christian Schucan betreffend «Strassengelder für Strassen (Fonds im Eigenkapital)» noch nicht als erledigt abgeschrieben werden soll ([5633](#)).

Der Kantonsrat hat 4,4 Millionen Franken für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme bewilligt. Diese Programme richten sich an Ausgesteuerte und vorläufig Aufgenommene, die in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Der Rat hiess den Betrag für die Jahre 2022–2025 mit 165 Stimmen gut ([5728](#)). Die nötigen 91 Stimmen zur Lösung der Ausgabenbremse wurden problemlos erreicht.

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Rahmenkredits für die Jahre 2014–2017 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte mit 156 zu 0 Stimmen genehmigt ([5018](#)).

Das Parlament hat die Abrechnung des Objektkredits 2016–2019 der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing (GZA) mit 157 zu 0 Stimmen genehmigt ([5182](#)).

(sda)